

## RECHTSEXTREMISMUS

## „Jeden Tag vollgespuckte Scheiben“

VON ARNO SCHÜTZE

Drei Jahre nach dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge und dem anschließenden „Aufstand der Anständigen“ ist Rechtsextremismus in Thüringen meist nur noch ein Randthema. Dabei hat sich die Situation vielerorts nicht verbessert.

PÖßNECK – „Es gibt in vielen Städten so genannte „national befreite Zonen“, in denen die Rechten alle, die ihnen nicht passen, von den Straßen verdrängt haben“, sagt Christel Schurwanz von der Anlaufstelle für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Angriffe und Diskriminierungen (ABAD) in Gera. Übergriffe auf Ausländer und linke Jugendliche seien nach wie vor häufig.

Pößneck ist nach Ansicht von Beobachtern der Szene eine dieser Städte. „Es ist widerlich: jeden Morgen sind die Scheiben von meinem Lokal vollgespuckt“, sagt der Inhaber der kurdischen Dönerbude „Dilan“.

Seinen Namen will er aus Angst nicht nennen. Schon einmal wurde er von Skinheads mit einem Baseballschläger bedroht. Abends traut er sich nicht mehr in die Stadt. Oft führen Skinheads im Auto vorbei und gröhlen Parolen wie „Ausländer raus“. „Und jetzt haben sie mir ein riesiges „KKK“ in die Scheiben gekratzt.“ Noch schlimmer erging es Ali Umut vom Imbiss „Alladin“ schräg gegenüber. „Nachts um drei hat mein Nachbar gesehen, wie Skinheads bei mir eine Scheibe eingeschlagen haben“, sagt er. „Und das schon zum zweiten Mal.“

### Die Probleme werden unter den Teppich gekehrt

Stadträtin Truschinski

Den dritten Döner-Imbiss „El Hayat“ hat es fünfmal getroffen. Ein Fenster ist notdürftig mit einem Glasstück geflickt, ein zwei-

tes hat sternförmige Risse.

Seit März verübten Rechtsextreme hier mehr als ein Dutzend Anschläge, sagt Stadträtin Constanze Truschinski (PDS). Die Polizei nahm im Mai und Juni sieben Fälle auf. Für vier davon wird ein Mann verantwortlich gemacht, der festgenommen ist. „Er ist aber nicht eindeutig der rechten Szene zuzuordnen“, sagt Polizeisprecher Hartmut Bergner. „Warum sonst sollte es nur ausländische Restaurants und Geschäfte treffen?“, fragt Truschinski. Kürzlich erstattete sie Anzeige gegen Skinheads, die in eine PDS-Sitzung geplatzt waren und Gewalttaten gegen Ausländer ankündigten.

„Die Stadt tut nichts“, klagt Truschinski. „Die Probleme werden unter den Teppich gekehrt.“ Vor wenigen Tagen beschmieren Rechte das Rathaus mit dem Namen von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. „Man muss aufpassen, dass hier nichts herbeigeredet wird“, sagt Bürgermeister Michael Roolant (CDU). In Neustadt an der Orla sei das Problem mit den Rechtsextremen so auf-

gebauscht worden, dass der Ort nun ein Imageproblem habe. „In Pößneck gibt es noch kein Bewusstsein für das Problem Rechtsextremismus“, sagt Truschinski.

### Man muss aufpassen, dass hier nichts herbeigeredet wird

Bürgermeister Roolant

Nach Ansicht der staatlichen Koordinierungsstelle Gewaltprävention ist das in vielen Kommunen besser: „Wir haben mittlerweile ein hohes Maß an Sensibilisierung für das Thema“, sagt Mitarbeiterin Renate Salzmann. ABAD-Sprecherin Schurwanz teilt die Ansicht nur teilweise: „In den Städten ist die Offenheit gegenüber Ausländern heute höher, auf dem Land hat sich meist nichts verändert.“ Die schweren Straftaten sind zurückgegangen. Das Landeskriminal-

amt registrierte im Jahr 2000 96 Körperverletzungen durch Rechtsextreme, 2002 waren es 57. Verfassungsschutz-Präsident Thomas Sippel meint, dass die parteilich organisierte Aktivität von Rechtsextremisten nachlässt. Zugenommen habe allerdings die Zahl subkulturell geprägter Rechtsextremisten mit loser organisatorischer Bindung – sprich Skinheads und parteiunabhängige Neonazis. „Die Szene ist dabei keinesfalls weniger aggressiv geworden“, sagt er.

Um Lehrer, Polizisten und Verwaltungsangestellte im Umgang mit Rechtsextremismus zu schulen, gab es bis Freitag eine Fachtagung in Nordhausen. Die meisten Menschen wüssten zu wenig über Strukturen und Ziele rechtsgerichteter Organisationen, sagt Innenstaatssekretär Manfred Scherer. Das belegt eine Studie der Universität Jena. In der Befragung „Thüringen Monitor“ hatte Ende 2002 mehr als die Hälfte der Bürger ausländerfeindliches Gedankengut geäußert und ein Fünftel rechtsextremes. (dpa)